



**Alles Gute für das Jahr 2013 – Glück,
Gesundheit, Erfolg – wünscht Euch
Euer Landesvorsitzender Helmut Bahr**

Wahljahr 2013 – NSU-Affäre Dauerthema?



Einleitend möchte ich mein Entsetzen darüber ausdrücken, dass eine mörderische Bande insgesamt zehn Menschen, darunter eine Kollegin, einfach hingerichtet hat und diese gemeinen Taten zunächst trotz aller Bemühungen erst dann aufgeklärt wurden, als nach einer erfolgreichen Fahndung nach einem Banküberfall sich die beiden Haupttäter erschossen und die Komplizin den gemeinsamen Unterschlupf anzündete, in dessen Trümmern das perverse „Paulchen-Panther-Video“ als Tatbeweis gefunden wurde. Dieses Machwerk wurde durch Spurenauswertung einschließlich der aufgefundenen Tat- und den bei der Tötung unserer Kollegin erbeuteten Dienstwaffen als authentisch bewiesen, und seither fragt sich die ganze Republik, wie eine solche Serie von Kapitaldelikten durchgeführt werden konnte, ohne dass die Behörden der Täter habhaft wurden. Natürlich sind auch sofort alle möglichen „Experten“ mit Theorien einschließlich Verschwörungstheorien zur Hand, die sicher alles anders gemacht hätten bei den Er-

mittlungen. Nun arbeiten sich landauf landab diverse Untersuchungsausschüsse an der Thematik ab und da 2013 das große Wahljahr ist, hat man doch ein wunderbares Thema, um die jeweilige Regierung, sei es nun auf Landes- oder auf Bundesebene, vorzuführen, da doch bei der umfangreichen Fahndung die eine oder andere Panne passiert ist.

Bei aller wie auch immer gearteten Motivation kommen natürlich auch die unter die Räder, die jahrelang in Sonderkommissionen und Ermittlungsteams versuchten, die Blutspur aufzuklären und dabei oft höchstes Engagement und persönlichen Einsatz zeigten, alle Ermittlungsansätze und Spuren abarbeiteten und oft im Nichts endeten. Besonders ärgerlich ist dann der Vorwurf, man habe im persönlichen Umfeld ermittelt, was doch eine Unverschämtheit gegenüber den Angehörigen sei. Ohne deren Leid einfach abtun zu wollen, muss doch festgestellt bleiben, dass dies zum Alltag bei den Ermittlungen nach einem Tötungsdelikt gehört. Es wäre geradezu fatal, hätte man das persönliche Umfeld der Getöteten nicht in die Ermittlungen einbezogen – gerade vor der kriminalistischen Erfahrung, dass 80 bis 85% der Tötungsdelikte eine wie auch immer geartete Beziehung zwischen Täter und Opfer vorausgeht. Dass die Opfer gerade zufällig, ja willkürlich ausgesucht wurden, das weiß man erst jetzt. Und entgegen aller bislang gemachten Erfahrungen arbeitete diese Terrorbande nicht mit den in solchen Kreisen üblichen Bekennerschreiben oder -anrufen, sondern erfreute sich im stillen Kämmerlein am Ergebnis ihrer Mordtaten. Einer solchen Gruppierung auf die Spur zu kommen, erfordert neben hohem Fahndungsdruck und professioneller Spurensicherung und -auswertung auch viel Glück. Denn gerade das Fehlen des Zusammenhangs zwischen den Op-

fern, die völlig unterschiedlichen Tatorte und die reisende Tätigkeit ihrer Mörder sind Punkte, die gegen einen schnellen Ermittlungserfolg sprechen. Wenn jemand mit gefälschten Papieren, angemieteten Wohnmobilen und ohne feste Arbeit einfach durch ein freies Land reist, wird es schwierig, seiner habhaft zu werden.

In diesem besonderen Fall kommt noch der nachrichtendienstliche Hintergrund aufgrund der rechtsextremen Einstellung der Tätergruppe dazu. Von den Vätern unseres Grundgesetzes unter dem Eindruck des damals gerade untergegangenen Dritten Reichs mit seinem Repressionsapparat wurde die Trennung zwischen Verfassungsschutz und Polizei festgeschrieben. Und so arbeitet der Verfassungsschutz mit nachrichtendienstlichen Methoden und oft auch „weichen“ Daten, die für die Polizei nicht zugänglich – und nach den Grundsätzen strafrechtlicher verfassungsgemäßer Ermittlungsmethoden auch gar nicht verwertbar sein dürfen. Im Strafverfahren zählen nur harte Fakten und so manche Ermittlungsmethode, die im Nachrichtendienst angewandt wird, ist sogar verboten bzw. wird der Polizei aus Datenschutzgründen vorenthalten (wie z. B. die sogenannte Vorratsdatenspeicherung einschließlich der damit verbundenen Auswertemöglichkeiten).

Bei konkreten Erkenntnisfragen steht ein Verfassungsschutz zudem vor dem Problem, dass hier auch Eigenbelange beachtet werden müssen – wie z. B. der Quellenschutz, seien es nun eigene Informanten, Vertrauenspersonen, verdeckte Ermittler oder gar ausländische Nachrichtendienste, auf deren weitere Zusammenarbeit man angewiesen ist. Erschwerend kommt dazu, dass durch

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

die verfassungsmäßig vorgeschriebene Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten das Personal unterschiedlich ausgebildet wird – in manchen Bundesländern sogar jegliche Zusammenarbeit untersagt ist – und zudem durch Einspar-Reformen einerseits und Ausweitung der Aufgabengebiete andererseits, sowie die Bekämpfung islamistischer Strukturen in Folge von Nine-Eleven, hier Arbeitsbedingungen geschaffen wurden, die einer guten Zusammenarbeit einfach nicht förderlich sind. Was gab es für einen Aufschrei, als z. B. damals der bayerische Innenminister Beckstein verkündete, dass der bayerische Verfassungsschutz nun auch im OK-Milieu recherchieren und gegebenenfalls strafrechtlich verwertbare Informationen an die Polizei weitergeben soll. Da sah mancher Kritiker gleich den Weg der Bundesrepublik in die Diktatur voraus. Dass der sogenannte Sicherheitsbereich des bayerischen LfV sein Personal aus dem Pool der Polizei gewinnt und damit zumindest ein gemeinsamer Ausbildungsstand vor-

handen ist, der eine Zusammenarbeit erleichtert, war auch nicht von jedem gerne gesehen. Will man aber eine Zusammenarbeit dieser Institutionen, dann sollte das eigentlich die Regel und nicht die Ausnahme sein.

Wenn man nun seitens der Politik, die die bestehenden Rahmenbedingungen geschaffen hat, vermutete Defizite aufklären will, dann sollte man diese Gesamtumstände berücksichtigen. Diejenigen, die verzweifelt versucht haben, Spuren zu den Tätern zu gewinnen, sollten nicht vor den Kopf gestoßen werden. Sie erwarten – **so wie auch die GdP** – eine faire Beurteilung der Fakten und wenn tatsächlich Pannen passiert sind, dann sollte alles zu deren zukünftiger Vermeidung getan werden. Allerdings sollte dabei nicht alles im nachrichtendienstlichen Milieu zertrümmert werden, was man sich in den letzten Jahrzehnten aufgebaut hat – insbesondere das Vertrauen der ausländischen Geheimdienste in die weitere Zusammenarbeit darf da nicht einfach verspielt werden. Auch die angeworbenen Informanten und Vertrauenspersonen haben ein Recht darauf, dass ihre

zugesagte Anonymität nicht öffentlich gemacht wird. **Aber ganz besonders haben diejenigen, die unter allem Einsatz ihrer Möglichkeiten versucht haben, die Mördergruppe unschädlich zu machen, ein Recht auf faire Beurteilung** – da sind solche Äußerungen des bayerischen Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, MdL Franz Schindler (SPD), nicht hilfreich, dass spätestens nach seiner Vernehmung „der Kopf des Verfassungsschutzpräsidenten rollt“ – einem Strafrichter wäre nach einer solchen Vorverurteilung bereits wegen Befangtheit der Prozess entzogen worden.

Ich bin gespannt, ob unter den Vorzeichen eines Wahlkampfes aus den Untersuchungsausschüssen tatsächlich ein objektives Bild der Ermittlungen gezeichnet wird – und ob die Politik, wenn sich Versäumnisse aus diesem Bereich (Personal, Reformbedarf bzw. unzulässiges Einmischen in das Verfahren) ergeben sollten, hier auch so schnell aktiv ist, wie bei der Einrichtung von Untersuchungsausschüssen.

Es grüßt Euch

Peter Schall – stv. Landesvorsitzender

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe Februar 2013 ist am 8. Januar 2013. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**
Internet: www.gdpbayern.de

Geschäftsstelle:
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (0 89) 57 83 88-01
Telefax (0 89) 57 83 88-10

Redaktion:
Bernd Fink
Germaniastr. 39
80805 München
Telefon (01 71) 5 56 40 95
E-Mail: berndfink.muenchen@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigentel:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X

Rangzahl fällt bei Beförderungen – künftig Beurteilung maßgeblich!

Derzeit arbeitet eine Arbeitsgruppe im Innenministerium, an der auch die GdP beteiligt ist, an einer neuen Beförderungsrichtlinie. Leider ist die bisher allseits akzeptierte Rangzahl für die Beförderungen aufgrund höchstrichterlicher Rechtsprechung nicht mehr zu halten. Die Rechtsprechung verlangt nach dem grundgesetzlichen Grundsatz, dass Eignung, Leistung und Befähigung für die Vergabe von öffentlichen Ämtern und Beförderungen zu berücksichtigen sind, die Auswertung der Beurteilung. Dienst- erfahrung und Fachwissen sind in der Beurteilung zu berücksichtigen und können allenfalls als sogenannte Hilfskriterien verwendet werden. Die GdP bedauert diese Entwicklung, es macht jedoch wenig Sinn, auf Dauer an nicht rechtskonformen Regelungen festzuhalten. Allerdings versuchte die GdP, wenigstens einen Aufschub für die Neuregelung bis zur nächsten Beurteilung zu erreichen, doch hier gibt es zwei Gründe, die dagegen sprechen. Zum einen die rechtliche Seite – dadurch, dass die Gerichte davon ausgehen, dass die Beurteilungen grund-

sätzlich den aktuellen Leistungsstand des Beamten widerspiegeln und damit auch dessen Dienst- erfahrung, ist ein Wechsel der Regeln von Rangzahl zur Beurteilung für die Beförderung unerheblich (auch wenn dies in vielen Fällen infolge der Quote blanke Theorie ist). Zum anderen bringt der nächste Doppelhaushalt eine Vielzahl von Stellenhebungen, so dass eine ordentliche Beförderungswelle erwartet wird, die dann eben die Umstellungsphase deutlich abfedert. Aus diesem Grund gibt das Innenministerium „Gas“, um die Neuregelung spätestens im Frühjahr in Kraft zu setzen, damit die Beförderungen zum 1. 7. 2013 mit dem neuen Verfahren durchgeführt werden können, zudem anders als bei sonstigen Doppelhaushalten alle zusätzlichen Beförderungen im Jahr 2013 erfolgen. Der genaue Auswertungsverlauf für die neue Beförderungsrichtlinie wird derzeit in der Arbeitsgruppe unter Auswertung vorhandener Rechtsprechung festgezurrt, sobald Ergebnisse vorliegen, wird euch dies natürlich berichtet.

PSch



AUS DEM LANDESBEZIRK

Parlamentarischer Abend der GdP Bayern

GdP-Vorstand sensibilisiert Abgeordnete für die Probleme der bayerischen Polizei

In der zwanglosen und angenehmen Atmosphäre des Unions-Bräus in München hielt die GdP Bayern am 28. 11. 2012 einen parlamentarischen Abend ab, an dem zahlreiche Abgeordnete des Bayerischen Landtags teilnahmen. Die anwesenden Mitglieder des GdP-Vorstands nutzten die Möglichkeit, die Abgeordneten auf aktuelle Probleme der bayerischen Polizei hinzuweisen und ihnen die Forderungen der GdP nahezubringen.

Zwar bedankte sich Peter Schall einerseits für die Aufstockung der Sachmittelausstattung im Doppelhaushalt 2013/2014 bei allen Parteien, doch er mahnte auch höhere Investitionen in die bayerische Polizei an. Es gibt immer noch zu viele Polizeibeamte, die seit langem auf ihre Beförderung warten. Im Mittelpunkt der Gespräche standen außerdem die Personalnot auf vielen ländlichen Polizeidienststellen sowie die anhaltend hohe Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamten. Anwesend war u. a. auch GdP-Ehrenvorsitzender Harald Schneider, der die Idee dazu hatte, an einem Abend den direkten Kontakt mit Abgeordneten aus allen Landtagsfraktionen zu suchen. Die GdP war höchst erfreut, dass sich so zahlreiche MdL auf den Weg in das Unions-Bräu machten, um sich unverblümt die Baustellen der bayerischen Polizei anzuhören.



Von links: Philipp Holze, der Vorsitzende des Innenausschusses, Joachim Hanisch, Manfred Pointner, Peter Schall, Susanna Tausendfreund. Der Rücken gehört Harald Schneider.



Von links: Dr. Florian Herrmann, Jürgen Schneider, Angelika Schorer und Manfred Ländner



Karin Peintinger (2. von links) im Gespräch mit Politikern und Kollegen.



Reinhold Strobl (links) und Gerhard Knorr kennen sich aus der Oberpfalz.



JHV der Kreisgruppe Verbund Erding

Von Ingrid Weinmaier

Die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Verbund Erding, welche die Interessen der Polizeibeschäftigten der Landkreise Erding, Freising, Ebersberg und Flughafen vertritt, fand am 24. 10. 2012 in der Sportgaststätte Am Stadion in Erding statt.

Der Vorsitzende der Kreisgruppe, Johann Hohner, der sich über die rege Teilnahme freute, stellte in seiner Begrüßungsrede fest, „wir haben uns nicht mehr näher zum Abgrund bewegt, sondern sind einen Schritt zurückgegangen“. So bezeichnete er die personelle und materielle Besetzung der Inspektionen in den Landkreisen.

Es wurden zwar 2012 zusätzlich 20 Beamte in den Bereich versetzt, jedoch wurden hier nur zum Teil die Versäumnisse der letzten Jahre aufgefangen. Wir haben noch nicht die notwendige Personalmehrung, um unseren Dienst ordentlich ausführen zu können. Uns fehlt das Stammpersonal. Die Beamten sollen hier lernen und auch bleiben, das wäre sein Wunsch. Seit der Strukturreform wechselten 740 Beamte die Dienststelle, wir haben entweder zu viele junge, noch etwas unerfahrene Leute oder aber ältere Kollegen, uns fehlt einfach der Mittelbau.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Peter Schall konnte die Aussagen von Hohner nur bestätigen. Er führte aus, dass die polizeiliche Arbeitsbelastung im Bereich des Präsidiums Oberbayern Nord unbestritten die höchste in ganz Bayern



Links: Peter Schall, stellvertretender Landesvorsitzender, 4. von links: Johann Hohner, Vorsitzender, zusammen mit den Geehrten

ist. Nach seinen Berechnungen liegt die absolute Bedarfsuntergrenze bei mindestens 300 Beamten, um einen Ausgleich zu den anderen Präsidien zu erreichen.

Auf Drängen der Gewerkschaften konnten zwar 1000 neue Stellen bayernweit besetzt werden, und die Politik versprach für den kommenden Haushalt nochmals 840 Stellen, doch sind dem allen die Pensionsabgänge vom nächsten Jahr von 750, und 2016 sogar von über 1000 Polizeibeamten gegenüberzustellen. Da relativiert sich ganz schnell eine hohe Einstellungszahl. Zudem sei ein „Beförderungstau“ entstanden, gegen den unbedingt etwas getan werden muss.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Peter Schall ging noch auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen, Arbeits-

zeit, Urlaubsregelungen, Dienstrechtsreform, Stellenverteilung und den Sachhaushalt ein.

Nach all dem Negativen wendete sich Hohner nun Erfreulichem zu und konnte langjährige GdP-Mitglieder zu 10, 20 und 30 Jahren Mitgliedschaft ehren.

Eine besondere Gratulation gebührte den Kollegen Anton Kapsner für 40 Jahre sowie Heinz Marshoun und Alfred Rhode für 50 Jahre GdP.

Leider konnten Hohner und Schall Herrn Heinrich Müller nicht für seine 60 Jahre Treue danken. Er war kurz vorher krank geworden und konnte deshalb an der Versammlung nicht teilnehmen.

Allen zu Ehrenden drückte die KGV Erding mit Wein, Sekt und Gutscheinen ihren Dank aus.

Jahreshauptversammlung der KG Deggendorf

Gut 70 Mitglieder der GdP, Kreisgruppe Deggendorf, konnte der Vorsitzende Andreas Holzhausen im Hotel Kolpinghaus in Deggendorf begrüßen. Von Seiten der Stadt Deggendorf erschienen der 3. Bürgermeister der Stadt Deggendorf, Herr Herrmann Wellner, und der Stadtrat Herr Günter Pammer. Das Polizeipräsidium Niederbayern wurde vertreten durch den Polizeipräsidenten Herrn Josef Rückl.

Als einer der Hauptredner ließ es sich der Landesvorsitzende der GdP Bayern, Helmut Bahr, nicht nehmen, die Reise

nach Deggendorf anzutreten. Neben den Dienststellenleitern der PI Plattling und Vertretern weiterer Dienststellen waren der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP Bayern, Martin Lehner, die Tarifsprecherin der GdP Bayern, Karin Peintinger und der Bezirksgruppenvorsitzende der GdP Niederbayern, Günter Kellermeier, anwesend.

Nach einem kurzen Abriss des vergangenen Jahres mit einer Vorschau auf das Jahr 2013 durch den Kreisgruppenvorsitzenden Holzhausen gingen Bahr und Kellermeier in ihren Reden auf den Dop-

NACHRUFE

Wir trauern um unsere Mitglieder

Sedlatschek, Charlotte, 89 Jahre, KG BP II BPA Eichstätt
Gruber, Ludwig, 60 Jahre, KG Schwabach
Palluch, Conrad, 78 Jahre, KG Bad Kissingen
Seidl, Alois, 76 Jahre, KG Rosenheim
Gangl, Maria, 89 Jahre, KG Würzburg
Krause, Rudolf, 94 Jahre, KG Isar-Loisach

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.



AUS DEN BEZIRKEN

pelhaushalt 2013/14 sowie den Stellenhaushalt ein. Auch der Wegfall der Rangzahl und der Altersgrenze waren Thema. Die Politik wurde aufgefordert, hier für den Tarif und bei den Beamten nachzubessern und ihre Versprechen, insbesondere im kommenden Wahljahr nicht zu vergessen. Denn sicher wird sein, dass die GdP daran erinnern wird. Karin Peintinger erinnerte in ihrer Rede u. a. daran, dass der TV-L immer noch dem TvöD nachhinke. Auch die Reduzierung der Tarifbeschäftigten gibt Anlass zur Sorge.

Ein Teil der Veranstaltung wurde mitgesponsert durch den Kooperationspartner der GdP, der Signal-Iduna, die durch Herrn Reinhold Bircheneder vertreten war.



Bild von links nach rechts: Kurt Edler, Gerhold Strecker, Georg Fleischmann, Andreas Holzhausen, Martin Lehner, Karin Peintinger, Polizeipräsident Josef Rückl, Andrea Kerler-Simeth, GdP-Landesvorsitzender Helmut Bahr, Günter Kellermeier, Karl Dollinger, Sandra Fritsche und Martin Wallner

22. Bürger- und Polizeiball der KG Amberg

Am 3. November 2012 war es wieder soweit. Die KG Amberg lud erneut zu ihrem traditionsreichen Bürger- und Polizeiball im Amberger Congress Centrum (ACC) ein. Der Einladung folgten neben Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und der Amberger Bürgerschaft auch wieder zahlreiche Kolleginnen und Kollegen. Sie alle wurden mit einem attraktiven und unterhaltsamen Programm belohnt. Der Vorsitzende der KG Amberg, Kurt Kopf, traf den Geschmack seiner Gäste, die sogar aus dem Polizeipräsidium Oberpfalz anreisten.

Kurt Kopf wusste diese Ehre zu schätzen und bedankte sich bereits bei seiner Begrüßung beim erschienenen Polizeipräsidenten Rudolf Kraus, dem Vizepräsidenten Michael Liegl und dem BG-Vorsitzenden der Oberpfalz, Gerhard Knorr. Polizeipräsident Kraus nutzte auch gleich

seine Anwesenheit für ein kurzes Grußwort und fand sofort die richtigen Worte. Er stellte fest: „Die Polizei heute in Feierlaune – eine willkommene Abwechslung für den anstrengenden Dienst.“ Abschließend bedankte er sich beim Veranstalter für sein Engagement, eine gemeinsame Veranstaltung mit der Polizei und der Bevölkerung durchzuführen.

Die tanzbegeisterten Amberger nahmen zwei kurze Unterbrechungen gerne in Kauf, in denen ihnen der KG-Vorsitzende seine Unterhaltungsshows präsentierte. Den Anfang machte das Unterhaltungsduo „EBEL & MAI“. Im korrekten Outfit begeisterten sie mit ihren Jonglagen, den Wurf- und Flugnummern, skurrilen Tricks und witziger Pantomime das gesamte Publikum. Das Duo verstand es gekonnt, die Gäste in ihre Darbietungen mit einzubinden, bei denen sie selbst den

Polizeipräsidenten und seinen Vize nicht verschonten. Höhepunkt war aber ihr „Keulenstrip“ bei dem sie ihre Wette bei „Wetten, dass ...?“ nachspielten, wobei sie während der Jonglage ihre gesamte Garderobe tauschten.

Im weiteren Verlauf zeigte noch die Knappnesia Sulzbach-Rosenberg ihren Showtanz zum Thema der 80er-Jahre.

Die Tanzveranstaltung fand erst gegen 2.00 Uhr ihr Ende, nachdem von der „John-Helsing-Band“, die den gesamten Abend mit ihrer rhythmischen und abwechslungsreichen Tanzmusik gestaltet hatte, vehement eine Zugabe eingefordert wurde.

Die Planungen für eine weitere Neuaufgabe des Bürger- und Polizeiballes der KG Amberg wurden bereits aufgenommen und als Termin der 9. November 2013 anvisiert.



Anzeige

 **Reisebüro Fürst**

Telefon 09194 / 37 19 777
info@reisebuero-fuerst.de

**bis 7%
Rückvergütung**

auf alle Reisen (außer Nurflug)
euer ehemaliger Kollege



JHV der KG Main-Spessart



Die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte beunruhigt auch die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Landkreis Main-Spessart. Auch in Unterfranken stieg die Zahl der Gewaltdelikte gegen Polizeibeamte von rund 170 im Jahr 2010 auf über 240 im vergangenen Jahr, berichtet der Bezirksvorsitzende der GdP, Holger Zimmermann. Im angehobenen Strafraumen von zwei auf drei Jahre Gefängnis für Gewalt gegen Polizeibeamte, sah Landtagsabgeordneter Harald Schneider kein Allheilmittel,

die Gewaltbereitschaft einzudämmen. „Wir brauchen immer noch dringend Personal“, so der Bezirksvorsitzende zu einem Thema, das schon seit Jahren unter den Nägeln brennt. Trotz einer stärkeren Personalzuweisung in diesem Jahr herrscht immer noch ein Engpass. Die Hoffnung der Gewerkschaft, aber auch der Dienststellenleiter in Unterfranken, ruht nun auf der Personalzuteilung des kommenden Jahres. „Das bringt uns nur weiter, wenn auch in den nächsten Jahren wieder genügend Beamte kommen“, meinte Holger Zimmermann. Wie dringend Nachwuchs gebraucht wird, verdeutlichte auch Harald Schneider.

Bei den Vorstandsneuwahlen wurde Vorsitzender Wolfgang Spahn einstimmig in seinem Amt bestätigt. Zu neuen Stellvertretern wählte die Versammlung Marcus Kuntscher und Christian Scheb. Schriftführer bleibt Andreas Schmidt. Besitzer im Vorstand sind Martin Schick und Michael Nöth (PI Karlstadt), Hermann Menig und Markus Kuhn (PI Marktheidenfeld) sowie Manuel Klein und Bernd Völker (PI Lohr). Die „Junge Gruppe“, wird von Christian Scheb betreut. Vertreterin der Frauengruppe ist Franziska Klein, während die Senioren zunächst weiter von Anton Müller vertreten werden.

Terminhinweis

Die 12. Hundertschaft, Einstellung 11. März 1968, trifft sich zum 45. Jahrestag am Samstag, dem 16. März 2013, um 15.00 Uhr in der Kantine der III. BPA Würzburg. Anmeldungen mit Angabe der Übernachtungswünsche/Frühstück bis 31. Januar 2013 an veth-klaus@t-online.de oder Tel. 01 63-1 94 42 74

Anzeige

Für gesundes Wohnen und Arbeiten Endlich: gute Luft in der Heizperiode!

Luftbefeuchtung durch Luftwäsche

Venta Luftwäscher, ab 149,- €

(unverbindliche Preisempfehlung)

Ideal gegen:

- > Erkältungen und Reizhusten aufgrund ausgetrockneter Schleimhäute
- > Kratzen im Hals und verstopfte Nase, trockene Haut und spröde Lippen
- > Hausstaub, Tierhaare und Pollen
- > kalten Tabakrauch und Gerüche
- > Risse in Holzmöbeln, Parkettböden und Musikinstrumenten

Trockene Heizungsluft erhöht die Erkältungsgefahr. Mediziner empfehlen eine Luftfeuchtigkeit von ca. 45–55%.



Made in Germany

Rufen Sie uns an für weitere Infos und kostenlosen Test.

Service-Telefon: 0751 5008-88 www.venta-luftwaescher.de

venta
LUFTWÄSCHER
Das Original





Coming soon...

(Profitieren Sie ab dem Jahr 2013 von tollen Angeboten des Unternehmens Sixt ausschließlich für die Mitglieder der GdP Bayern)